

N i e d e r s c h r i f t

RAT/VII/37

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 04.09.2008 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor

anwesend bis einschl. TOP
15 ö.S.

Branse, Martin

Everding, Clara

Fedder, Ralf

Fliß, Thomas

Haßler, Christa

anwesend bis einschl. TOP
3 ö.S.

Hemker, Leo

Henken, Theodor

Isfort, Mechthild

Kuhl, Horst

Löchtefeld, Klaus

Mensing, Hartwig

Neumann, Michael

Newman, Claudia

Niehues, Hubert

Reints, Hermann

Riermann, Günter

Schenk, Klaus

Schröer, Martin

Schulze Baek, Franz-Josef

Söller, Hubert

Steindorf, Ralf

Tendahl, Ludgerus

Weber, Winfried

Wünnemann, Werner

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich

Roters, Dorothea

Allgemeiner Vertreter

Schriftführerin

Als Gast zu TOP 2 nö. S.

Brück von Oertzen, Martin

Anwaltskanzlei Wolter Hop-
penberg

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Rottmann, Josef

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:30 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte zunächst die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörer sowie den Vertreter der Allgemeinen Zeitung Coesfeld, Herrn Wolfert.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 26. August 2008 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl für den Zeitraum 2008 - 2012 hier: Beratung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für Versorgungsmodelle der Sekundarstufen I und II in der Gemeinde Rosendahl sowie in Kooperation mit der Gemeinde Legden Vorlage: VII/681/2

Bürgermeister Niehues verwies auf die Ergänzungsvorlage und gab einen kurzen Sachstandsbericht über die bereits in dieser Angelegenheit getätigten Schritte.

Fraktionsvorsitzender Mensing kritisierte eindringlich den seiner Ansicht nach zu kurz gestalteten Zeitplan. Seine Fraktion hätte nicht genügend Zeit zur Beratung zur Verfügung gestanden. Erst am Vortag sei die Machbarkeitsstudie im Fachausschuss vorgestellt worden und nun – einen Tag später – solle bereits über die Angelegenheit entschieden werden.

Bürgermeister Niehues erläuterte den Hintergrund für die Notwendigkeit einer straffen Zeitplanung. Das Vorhaben habe nur dann eine Chance auf Realisierung, wenn unverzüglich das Beteiligungsverfahren mit den betroffenen Schulträgern in den benachbarten Kommunen eingeleitet würde. Diesen müsse genügend Zeit für die Abgabe einer Stellungnahme eingeräumt werden. Zudem hätte der zeitliche Fahrplan mit der Gemeinde Legden abgestimmt werden müssen. Er erinnerte daran, dass der Auftrag zur Erstellung der Machbarkeitsstudie erst vor den Sommerferien hätte erteilt werden können. Diese Umstände hätten die zeitliche Enge verursacht. Außerdem stünde man zum jetzigen Zeitpunkt erst am Anfang des Verfahrens. Bis zur nächsten Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses am 29.10.2008 bliebe den Fraktionen noch Zeit zur weiteren Beratung. Erst danach sei ein offizieller Beschluss zu fassen.

Ratsmitglied Haßler wies darauf hin, dass im Rahmen der am 27.08.2008 stattgefundenen Infoveranstaltung in der Marienschule in Legden alle Ratsmitglieder die Gelegenheit gehabt hätten, sich vorab zu informieren. Im Übrigen sei an diesem Abend die Machbarkeitsstudie den anwesenden Ratsmitgliedern ausgehändigt worden.

Ratsmitglied Neumann erklärte, dass seine Fraktion bereits 2005 den Antrag gestellt habe, alle Maßnahmen zur Förderung der Schullandschaft in Rosendahl, insbesondere der Hauptschule, zu unternehmen. Seine Fraktion begrüße die geplante Aufwertung der Hauptschule, dies sei ein erster Schritt zu Zukunftssicherung. Die geplante Verbundschule sei somit ein erster guter Schritt. Seine Fraktion hätte es aber vorgezogen, wenn die betroffenen Eltern bereits im Vorfeld in die Planungen für eine Verbundschule einbezogen worden wären. Er hoffe, dass die Eltern die Verbundschule annehmen werden.

Ratsmitglied Everding schlug vor, dass alle Fraktionen gemeinsam das Projekt Verbundschule unterstützen sollten.

Fraktionsvorsitzender Weber bedauerte, dass seitens des Landes bereits vorgegeben werde, was möglich bzw. nicht möglich sei. Auch er bedaure, dass die Eltern nicht befragt worden seien und riet dazu, dieses nachzuholen. Grundsätzlich stimme er den Plänen für eine Verbundschule zu, da diese den Schulstandort sicherten und stärkten.

Ratsmitglied Kuhl erinnerte als Vorsitzender des Schul- und Bildungsausschusses daran, dass die Schulentwicklungspläne seit Jahren immer wieder im Fachausschuss thematisiert worden seien. Zum jetzigen Zeitpunkt müsse eine Entscheidung hierzu getroffen werden. Sollte der Schulstandort Rosendahl für die weiterführende Schule verloren gehen, dann hätte dieses gravierende Auswirkungen auf die gesamte Entwicklung der Gemeinde. Die gesetzlichen Vorgaben müssten jedoch beachtet werden, so dass nicht jeder Elternwunsch auch realisierbar sei. Schulpolitik werde nicht auf kommunaler Ebene gemacht und was machbar sei, habe die Machbarkeitsstudie eindeutig aufgewiesen. Eine Elternbeteiligung werde zukünftig noch stattfinden, denn ohne die Eltern ließe sich das gesamte Projekt nicht realisieren. Die größere Durchlässigkeit der Verbundschule entspräche dabei sicherlich dem Elternwillen. Seine Fraktion stehe voll und ganz hinter dem Vorhaben der Verbundschule. In diesem Sinne sei es auch nur folgerichtig, eine entsprechende positive Entscheidung zum nachfolgenden TOP 3 zu fällen. Wenn man auf den Elternwillen großen Wert lege, müsse man auch eine gute Schule vorweisen können.

Ratsmitglied Haßler ergänzte, dass Eltern nur dann in der Lage versetzt würden, über etwas entscheiden zu können, wenn sie wüssten, was überhaupt realisierbar sei.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erinnerte an die längere Vorgeschichte der Überlegungen für eine Verbundschule. Zunächst hätte es Sondierungsgespräche mit den Städten Billerbeck und Coesfeld gegeben. Diese seien erfolglos verlaufen. Im Gegensatz dazu seien die Gespräche mit Legden positiv gewesen. Allerdings habe die Gemeinde Legden verständlicherweise darum gebeten, die Ergebnisse der damals noch offenen Machbarkeitsstudie bezüglich einer Kooperation von Legden mit Ahhaus und Heek abzuwarten. Dies hätte zudem auch die heutige zeitliche Enge mit verursacht. Dieser Zeitplan sei aber auch deshalb so straff, da ein Einstieg mit der Verbundschule zum Schuljahresbeginn im Herbst 2009 ungemein wichtig sei. Er appellierte an alle Ratsmitglieder, insbesondere an Fraktionsvorsitzenden Branse, in Sachen Verbundschule an einem Strang zu ziehen und für deren Realisierung gemeinsam zu kämpfen.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er Zweifel habe, ob sich die Eltern für die Verbundschule entscheiden würden. Die geringe Zahl der Zuhörer an diesem Sitzungstag sei ein schlechtes Zeichen. Er wolle die Hauptschule nicht schönreden, damit sie erhalten werden könne. Die demografische Entwicklung und das schlechte Image der Schulform auf dem Arbeitsmarkt hätten der Hauptschule geschadet. Die

Idee der Verbundschule könne er unterstützen, sie sei besser als das, was zurzeit in Rosendahl vorhanden wäre. Er halte es aber für falsch, nunmehr das Erscheinungsbild der Hauptschule zu verbessern. Solche Maßnahmen hätten auch in der Vergangenheit keinen Erfolg gehabt. Insgesamt sei die Brisanz der Situation zu spät erkannt worden, nun sei es für die Rettung der Hauptschule möglicherweise zu spät. Er könne sich daher erst entscheiden, wenn das Votum der Eltern, also die Anmeldezahlen, vorläge.

Ratsmitglied Neumann erklärte, dass die Hauptschule zunächst noch Bestandschutz hätte, also eine unbedingte Zeitnot nicht vorhanden sei. Wenn aber nun ein guter Weg aufgezeigt würde, solle man auch die Chance ergreifen.

Ratsmitglied Wünnemann erklärte, der Idee der Verbundschule zuzustimmen, wies aber darauf hin, dass das Problem der Hauptschule schon seit längerem bekannt gewesen sei.

Bürgermeister Niehues begründete noch einmal ausführlich, warum ein schnelles Agieren in dieser Angelegenheit unabdingbar sei. Der Start der Verbundschule zum nächsten Schuljahr fiel mit der Tatsache zusammen, dass zu diesem Zeitpunkt insgesamt eine besonders große Anzahl Kinder aus der Grundschule entlassen würden. Diese Zahl werde zukünftig rückläufig sein. Da man in der Anfangsphase der Verbundschule möglicherweise nicht alle Eltern für die neue Schule würde gewinnen können, sei dieser starke Jahrgang eine ideale Ausgangslage für den Neuanfang. Er gehe davon aus, dass die Akzeptanz der Schule dann im weiteren Verlauf sicherlich steigen werde. Im nächsten Schuljahr lägen somit ganz besonders gute Startbedingungen vor und in den Folgejahren würden aufgrund der wachsenden Akzeptanz die rückläufigen Schülerzahlen nicht mehr so stark ins Gewicht fallen. Er verwies dabei auf die überaus positiven Beispiele von erfolgreichen Verbundschulgründungen in anderen Kommunen wie z. B. Ostbevern und Horstmar-Schöppingen.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Schul- und Bildungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

1. Auf der Grundlage des der Ergänzungsvorlage Nr. VII/681/2 als Anlage I beigefügten Entwurfes des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl für den Planungszeitraum 2008 – 2012 und der als Anlage I zum Schulentwicklungsplan beigefügten Machbarkeitsstudie sowie der als Anlagen II und III zum Schulentwicklungsplan beigefügten Schulraumbestandsanalysen für die derzeitige Droste-Hülshoff-Hauptschule in Rosendahl und der derzeitigen Marien-Hauptschule in Legden soll die Errichtung einer Verbundschule Legden Rosendahl zum Schuljahresbeginn 2009/2010 mit Nachdruck vorangetrieben werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der benachbarten Schulträger und der Schulkonferenz der Droste-Hülshoff-Hauptschule sowie alle weiteren notwendigen Schritte und Maßnahmen entsprechend dem der Ergänzungsvorlage Nr. VII/681/2 als Anlage II beigefügten Zeit- und Maßnahmenplan durchzuführen.
Für notwendige Werbemaßnahmen werden insgesamt 16.000 € (einschließlich des Anteils der Gemeinde Legden von rd. 6.000 €) zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Enthaltung

**Droste-Hülshoff-Hauptschule Rosendahl sowie Werbemaßnahmen im Zusammenhang mit der schulischen Zusammenarbeit Legden/Rosendahl und Zustimmung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: VII/718**

Fraktionsvorsitzender Weber betonte, dass er nicht grundsätzlich gegen die geplanten Investitionen sei, wohl aber gegen die über-, bzw. außerplanmäßigen Ausgaben. Die Maßnahmen könnten genauso gut auch zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden. Er glaube nicht, dass das Aussehen einer Schule für die Elternentscheidung ausschlaggebend sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass das Vorziehen der Arbeiten nicht nur mit der geplanten Verbundschule zusammenhinge, sondern dass sowohl in diesem Jahr, als auch im nachfolgenden Jahr dringend notwendige Maßnahmen zu tätigen seien. Hier läge eine Kompaktlösung für den Südtrakt der Schule vor. Die entsprechende Auftragsvergabe sei auf der Grundlage einer anderen, nach VOB-Bestimmungen vorgenommenen Ausschreibung, die vom Rat bereits zuvor genehmigt worden sei, vorgesehen, wobei in diesem Fall auch eine freihändige Vergabe zulässig gewesen sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing vertrat die Auffassung, dass nicht ein neuer Anstrich, sondern das pädagogische Konzept einer Schule die Eltern überzeugen müsse. Er fragte nach, warum gerade zum jetzigen Zeitpunkt und im Zusammenhang mit der geplanten Verbundschule diese Maßnahmen als notwendig angesehen würden, nachdem sie für die Hauptschule zunächst nicht eingeplant gewesen seien.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass es Beispiele dafür gäbe, dass das Elternvotum sich sehr wohl auch an der modernen Ausstattung einer Schule orientiere. So seien eine angemessene Ausstattung und gute räumliche Bedingungen auch ausschlaggebend für die Akzeptanz der Offenen Ganztagsgrundschule gewesen. Hier habe die Gemeinde an der richtigen Stelle investiert und damit die Eltern – neben dem pädagogischen Programm – überzeugt. Außerdem wies er auf das hohe Alter des Mobiliars hin, das größtenteils noch aus den Anfangsjahren der Schule stamme, und auf die Notwendigkeit von Wärmeschutzmaßnahmen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies auf die zuvor stattgefundene Ortsbegehung hin, die eine Notwendigkeit der Maßnahmen zweifelsohne gezeigt hätte. Die vorgesehenen Maßnahmen dienten in erster Linie der Hauptschule, könnten aber auch den Erfolg der Verbundschule unterstützen.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er sich bei der vorangegangenen Abstimmung über die geplante Verbundschule bewusst enthalten und nicht – wie im Fachausschuss – dagegen gestimmt habe, um späteren Schuldzuweisungen ihm gegenüber vorzubeugen. Dennoch vertrete er noch immer die Auffassung, dass notwendige Unterhaltungsmaßnahmen bei der Aufstellung eines Haushaltes eingeplant werden müssten.

Ratsmitglied Haßler erklärte, dass ein gutes pädagogisches Konzept einer Schule auch von deren angemessenen Ausstattung abhängig sei.

Ratsmitglied Kuhl zeigte kein Verständnis für die Haltung, aus rein haushaltstechnischen Gründen die notwendigen Investitionen abzulehnen. Zu Beginn des Jahres sei die verbesserte Finanzlage der Gemeinde noch nicht bekannt gewesen. Es käme für diese Maßnahmen auf die Gemeinde keine Neuverschuldung zu.

Ratsmitglied Everding begrüßte die geplanten Maßnahmen, da sie den Renovie-

rungsbedarf der Hauptschule aus eigener Erfahrung kenne.

Ratsmitglied Schulze Baek sprach sich ebenfalls dafür aus, die Maßnahmen vorzuziehen, da zudem für die geplante Verbundschule ein gutes optisches Aussehen nur vorteilhaft sein könne.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass er den Eindruck habe, dass man nun für die geplante Realschule die Maßnahmen ergreife, die man zuvor für die Hauptschule nicht vorgesehen hätte. Die Bevorzugung einer bestimmten Schulform sei nicht im Sinne seiner Fraktion.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass die vorgesehenen Maßnahmen auf jeden Fall durchgeführt werden müssten, auch wenn eine Realisierung der Verbundschule nicht zustande käme. Es handele sich somit um zukunftsgerichtete Maßnahmen.

Ratsmitglied Schröer verwies auf die in der Vergangenheit für die Grundschulen getätigten überplanmäßigen Ausgaben. Diese hätten keine derartigen Diskussionen hervorgerufen.

Ratsmitglied Neumann wunderte sich, warum dieser dringende Bedarf der Hauptschule nicht schon zuvor artikuliert worden sei.

Fraktionsvorsitzender Branse betonte, dass er nicht prinzipiell gegen die Maßnahmen sei, aber die zeitliche Reihenfolge ablehne.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Schul- und Bildungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Auftrag für die Durchführung der Maler- und Trockenbauarbeiten im Südtrakt der Hauptschule zu erteilen. Alle übrigen Auftragsvergaben im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes liegen gemäß § 7 der Zuständigkeitsordnung in der Zuständigkeit des Bürgermeisters.
2. Im Rahmen der Durchführung der unter diesem Tagesordnungspunkt beschriebenen Maßnahmen entstehen über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW bei den Produkten 10 (Gebäudemanagement) und 13 (Hauptschule) in Höhe von insgesamt 101.000 €; diesen wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen aus der Feinabstimmung Fonds Deutscher Einheit (Nachzahlungen 2006 und 2007) bei dem Produkt 33 / 16.001 – Allgemeine Finanzwirtschaft.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen

10 Nein-Stimmen

Ratsmitglied Haßler verließ nach diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung.

Vorlage: VII/703

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage.

Ratsmitglied Reints fragte nach, warum besonders gefährliche Stoffe wie z.B. Uran in der Satzung nicht aufgeführt würden.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass es für besonders gefährliche Stoffe keine erlaubten Grenzwerte gäbe. Eine gesonderte Aufstellung dieser Stoffe bei den Grenzwerten dürfe somit nicht erfolgen. Im Übrigen stütze sich der vorgelegte Satzungsentwurf auf Empfehlungen der Abwasserberatung und des Städte- und Gemeindebundes NRW.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Ver- und Entsorgungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VII/703 als Anlage II beigefügte 1. Änderungssatzung der Entwässerungssatzung der Gemeinde Rosendahl wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Ratsmitglied Riermann nahm an der Abstimmung nicht teil.

5 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VII/704

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Ver- und Entsorgungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VII/704 als Anlage II beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) der Gemeinde Rosendahl wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

6 34. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege", Ortsteil Holtwick
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VII/705

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 34. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege" im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 13 BauGB entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/705 beigefügten Entwurf durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 7 **7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Hiddings Esch", Ortsteil Osterwick**
hier: **Aufstellungsbeschluss** gem. § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VII/716

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 7. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes "Hiddings Esch" im Ortsteil Osterwick wird gemäß § 13 BauGB entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/716 beigefügten Entwurf durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsmitglied Mensing nahm an der Abstimmung nicht teil.

- 8 **1. Änderung des Bebauungsplanes "Schleestraße" im Ortsteil Holtwick**
hier: **Aufstellungsbeschluss** gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) sowie **Beschluss zur öffentlichen Auslegung** gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: VII/715

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes "Schleestraße" im Ortsteil Holtwick wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/715 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Gemäß § 13a i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung beschlossen.

Dieser Beschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB i.V.m. § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsmitglied Mensing nahm an der Abstimmung nicht teil.

- 9 **Aufstellung des Bebauungsplanes "Sökelandweg" im Ortsteil Darfeld**
hier: **Aufstellungsbeschluss gemäß § 13a Baugesetzbuch**
 (BauGB) sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung
 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: VII/699

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Sökelandweg" im Ortsteil Darfeld wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/699 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Gemäß § 13a i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung beschlossen.

Dieser Beschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB i.V.m. § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 **Antrag der Anlieger der Bauerschaft Höpingen auf Überprüfung der vom Haupt- und Finanzausschuss am 17. April 2008 getroffenen Entscheidung über die Beibehaltung der Brückenbauwerke auf dem Gebiet der Gemeinde Rosendahl im Rahmen der Schaffung eines überregionalen Radweges auf der stillgelegten Bahntrasse Coesfeld - Darfeld - Steinfurt - Rheine**
Vorlage: VII/694

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage.

Fraktionsvorsitzender Weber kritisierte die falsche Berichterstattung in der Presse.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass seine Fraktion nicht bereit sei, Einzelinteressen zu bedienen. Es könne nicht richtig sein, dass eine Straße nur für diejenigen gebaut würde, die sie fast ausschließlich nutzten.

Ratsmitglied Neumann vertrat die Auffassung, dass in diesem Fall ein öffentliches Interesse nicht erkennbar sei. Für die WIR-Fraktion stellte er den Antrag, nur maxi-

mal 5.000 € für die Absenkung des Weges unterhalb der Brücke zur Verfügung zu stellen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte sich damit einverstanden, über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Ratsmitglied Wünnemann erklärte, dass er nicht zustimmen werde, denn wenn schon Geschenke verteilt würden, stünden diese eher den Beteiligten am Radwegbau in Darfeld zu.

Bürgermeister Niehues ließ sodann zunächst über den Antrag der WIR-Fraktion, der der Alternative 2 der Sitzungsvorlage entsprach, abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	9 Ja-Stimmen
	14 Nein-Stimmen
	2 Enthaltungen

Damit war der Antrag **abgelehnt**.

Bürgermeister Niehues ließ daraufhin über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abstimmen.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgende **Beschlüsse**:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Durchführung der Hauptprüfung für das Brückenbauwerk Höpingen im Bereich des Wirtschaftsweges nach Laer auch gleichzeitig untersuchen zu lassen, ob eine Absenkung des Wirtschaftsweges aus Gründen der Statik des Brückenbauwerkes möglich ist. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten im Rahmen der Durchführung der Brückenhauptprüfung in Höhe von rd. 500 € trägt die Gemeinde Rosendahl. Diese Regelung gilt auch für die alternative Lösung im Falle einer Anhebung des Brückenbauwerkes.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	21 Ja-Stimmen
	4 Nein-Stimmen

2. Die Gemeinde Rosendahl ist bereit, sich zu 50 % an den entstehenden Fremdkosten (Unternehmerkosten) für eine Absenkung des Wirtschaftsweges oder alternativ für eine Anhebung des Brückenbauwerkes zu beteiligen, maximal jedoch mit einem Höchstbetrag von 7.500 €. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Maßnahmenträger Kreis Steinfurt und den Anliegern die notwendigen Absprachen für eine kostengünstige Lösung und möglichst zeitnahe Umsetzung der Maßnahme zu führen.

<u>Abstimmungsergebnis</u>	15 Ja-Stimmen
	10 Nein-Stimmen

3. Im Falle der verbindlichen Übernahme der von den Anliegern zu tragenden Kostenbeteiligung sollen die notwendigen Finanzmittel der Gemeinde zur Umsetzung der Maßnahme bereits im Haushaltsjahr 2009 bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis

19 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

11 Durchführung des LEADER-Projektes "Natur-Tourismus-Konzept" für die Baumberge-Kommunen durch die Gemeinde Rosendahl und Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW

Vorlage: VII/706/1

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage und die darin enthaltenen Informationen über die inhaltliche Ausgestaltung des Konzeptes.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

1. Der Durchführung des Projektes „Natur-Tourismus-Konzept“ durch die Gemeinde Rosendahl als Maßnahmenträger für die beteiligten fünf Baumberge-Kommunen wird zugestimmt. Die notwendigen Buchungen und Veranschlagungen erfolgen in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 auf der Grundlage der in der Sitzungsvorlage Nr. VII/706 dargestellten Kosten und deren Finanzierung.
2. Der für das Haushaltsjahr 2008 bei dem Produkt 24 / 15.002 – Tourismus – eintretenden überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung wird gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen bei der Landeszuwendung und durch die Erstattung der Trägeranteile der übrigen vier Baumberge-Kommunen.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

12 Antrag der WIR-Fraktion vom 19.08.2008 auf Durchführung verkehrsberuhigender Maßnahmen an der Darfelder Straße im Bereich des Westfalia-Stadions in Osterwick

Vorlage: VII/719

Ratsmitglied Neumann begründete kurz das dem Antrag zugrundeliegende Anliegen.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der WIR-Fraktion vom 19.08.2008 wird zur Beratung an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

Ratsmitglied Wünnemann nahm an der Abstimmung nicht teil.

13 Mitteilungen

13.1 Erhöhung des Wasserpreises durch die Stadtwerke Coesfeld

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Stadtwerke Coesfeld den Wasserpreis zum 01.09.2008 um 7,86 % erhöht hätten. Eine Prüfung, ob diese Erhöhung mit dem Wasserliefervertrag übereinstimme, stünde allerdings noch aus. Es müsse nun auch geprüft werden, ob der Wasserpreis der Gemeinde Rosendahl überhaupt noch gehalten werden könne. Dieses werde sicherlich auch Thema der Haushaltsberatungen für das Jahr 2009 sein. Bereits im Dezember 2008 werde dieses Thema zudem auf der Tagesordnung des Ver- und Entsorgungsausschusses stehen.

14 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

14.1 Verkehrsgefährdung an der Straßeneinmündung Schöppinger Straße/Wellenort in Osterwick - Frau Everding

Ratsmitglied Everding fragte an, ob etwas gegen die verkehrsgefährdende Situation im Einmündungsbereich vom Wellenort zur Schöppinger Straße/Straße von Entrammes in Osterwick unternommen werden könne, da die Sicht der vom Wellenort kommenden Fahrzeuge auf den Verkehr sehr schlecht sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Beschaffung eines Verkehrsspiegels für diesen Einmündungsbereich bereits veranlasst worden sei und dieser demnächst dort angebracht werde.

14.2 Gefährdung von Fußgängern auf dem Fußweg im Dorfpark Osterwick - Frau Everding

Ratsmitglied Everding wies darauf hin, dass die Fußweganbindung im Dorfpark in Osterwick zum Schürkamp wegen ihrer unebenen Beschaffenheit insbesondere für ältere Fußgänger gefährlich sei. Ihr sei im Übrigen bekannt, dass ein Nachbar bereit sei, dort durch eine Pflasterung Abhilfe zu schaffen.

Bürgermeister Niehues nahm die Anregung auf, wies aber auch darauf hin, dass

zunächst geprüft werden müsse, ob eine Pflasterung im Winter nicht gegebenenfalls Glättegefahr mit sich bringen könne. Ansonsten sei eine barrierefreie Gestaltung der Ortskerne von großer Bedeutung, was auch im LEADER-Prozess als Thema eindeutig herausgestellt werde.

14.3 Pflege der Grünflächen in den neu geschaffenen Kreisverkehren in Osterwick - Herr Wünnemann

Ratsmitglied Wünnemann fragte nach, wer für die Pflege der Grünflächen in den drei neugeschaffenen Kreisverkehren in Osterwick zuständig sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Pflege im Rahmen der Auftragsvergabe der Baumaßnahme vergeben worden sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil ergänzte, dass mit Ausnahme des Kreisverkehrs an der alten Schule Horst die Pflege in den Händen von Straßen.NRW als zuständigem Baulastträger läge. Der mittlere Kreisverkehr fiele dagegen in die Zuständigkeit des Kreises Coesfeld. Mit der Auftragsvergabe für die Baumaßnahme seien die betreffenden Firmen für die erste Anlage der Grünfläche und dessen Pflege für zwei Jahre verantwortlich. Das bedeute in der Regel eine zwei- bis dreimal pro Jahr vorzunehmende Pflegemaßnahme. Die Grünfläche im mittleren Kreisverkehr müsse noch nachgebessert werden, was seitens des Kreises Coesfeld auch zugesagt worden sei.

14.4 Pflege von Grünflächen durch den gemeindlichen Bauhof - Herr Weber

Ratsmitglied Weber fragte nach, ob es zuträfe, dass der gemeindliche Bauhof Grünflächen in Baugebieten pflege, deren Pflege eigentlich Aufgabe von Anwohnern sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Zuständigkeit der Pflege von Grünbeeten nicht pauschal beantwortet werden könne. Es lägen in einigen Fällen vertragliche Vereinbarungen zugrunde, in anderen wiederum nicht. Was die Grünanlagen an den Ortsdurchgangsstraßen angehe, habe er den Bauhof mit deren Pflege beauftragt, damit das Ortsbild in den drei Rosendahler Ortsteilen immer ansprechend sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass in den jüngeren Grundstückskaufverträgen die Verpflichtung zur Pflege von öffentlichen Beeten durch die Anlieger aufgenommen worden sei, bei älteren Verträgen dieses jedoch in der Regel nicht der Fall sei. Eine Überprüfung, ob eine Verpflichtung vorläge, könne nur im konkreten Einzelfall vorgenommen werden, man bräuchte hierfür den Namen und die Adresse der Betroffenen.

14.5 Gefährdung von Fußgängern auf dem Bürgersteig vor der Einmündung in den Darfelder Markt in Darfeld - Frau Newman

Ratsmitglied Newman wies darauf hin, dass der Bürgersteig am Darfelder Markt in Darfeld im Bereich des Stoppschildes sehr abschüssig sei und Fußgänger Gefahr

liefen, zur Fahrbahn hin abzurutschen.

Bürgermeister Niehues sagte eine Überprüfung zu.

14.6 Rückschnitt von Sträuchern und Bäumen am Holtwicker Bach in Holtwick - Herr Tendahl

Ratsmitglied Tendahl teilte mit, dass die Anlieger des Holtwicker Baches in Holtwick den Wunsch geäußert hätte, dass die Bäume und Sträucher zurückgeschnitten würden.

Bürgermeister Niehues sagte eine Erledigung zu, sobald der Bauhof die hierfür notwendige Zeit erübrigen könne, frühestens jedoch im Rahmen des hierfür bestehenden Zeitkorridors.

14.7 Sachstandsbericht zum Auftreten von wilden Biomüllkippen - Herr Steindorf

Ratsmitglied Steindorf bat angesichts der Presseberichterstattung des Tages um einen Sachstandsbericht zum Auftreten von wilden Biomüllkippen in der Gemeinde.

Bürgermeister Niehues sagte dieses zu.

14.8 Offenhalten der Toilettenanlage am Friedhof in Holtwick - Herr Tendahl

Ratsmitglied Tendahl teilte mit, dass zahlreiche Besucher des Holtwicker Friedhofes den Wunsch geäußert hätten, dass die Toilettenanlage ganztägig offengehalten werde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er diesen Wunsch verstehen könne, ein ständiges Offenhalten aber einen höheren Personalaufwand erfordere und die Gefahr von Vandalismus in sich berge. Im Übrigen habe man die Toilettenanlage aber bereits seit Jahren zu den Hauptpflegezeiten, insbesondere vor Allerheiligen, geöffnet. Er sagte jedoch zu, diesen Wunsch zu überprüfen.

15 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO

15.1 Sachstand zum Radwegebau in Osterwick - Herr Pier

Herr Pier fragte nach dem Sachstand zum Radwegebau an der K 32 in Osterwick.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass der politische Beschluss der Gemeinde zur Realisierung beider Teilstücke des Radweges (von der Tischlerei Scharlau bis zur Coesfelder Straße und vom Funkturm bis zur Midlicher Straße) vorläge. Seitens des Kreises Coesfeld sei daraufhin ein entsprechender Ergänzungszuwendungsantrag für das zweite Teilstück vom Funkturm bis zur Midlicher Straße bei der Bezirksregierung Münster gestellt worden. Die weitere Entwicklung, ob beide Teilstücke zeitgleich gefördert und gebaut werden könnten, liege in der Entscheidung der Bezirksregierung. Dies gelte auch für den Zeitpunkt der Maßnahme. In Kürze fänden dort die Einplanungsgespräche statt. Das Ergebnis sei abzuwarten. Wenn es nach der Gemeinde ginge, stünde einer Realisierung beider Teilabschnitte bereits im Jahr 2009, verbunden mit der Zahlung des Trägearteils an den Straßenbaulastträger Kreis Coesfeld, nichts im Wege.

15.2 Zustand des Radweges von Osterwick nach Coesfeld - Herr Pier

Herr Pier kritisierte den schlechten Zustand des Radweges von Osterwick nach Coesfeld.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der schlechte Zustand bekannt sei, der Radweg jedoch in die Zuständigkeit von Straßen.NRW (Landstraße) falle.

Anschließend wurde eine Sitzungspause von 21.00 Uhr bis 21.05 Uhr eingelegt.

Niehues
Bürgermeister

Dorothea Roters
Schriftführerin